

**W**as hat die Politik nicht alles getan vor zehn Jahren, um in Deutschland die Selbständigkeit als attraktive Alternative neben einer abhängigen Beschäftigung zu forcieren. Das Überbrückungsgeld – Vorgängerinstrument des Gründungszuschusses – wurde ausgeweitet und der Zugang zu diesem Programm erleichtert. Die Ich-AG wurde aus dem Boden gestampft, ein Instrument, das nicht nur die „kleine Selbständigkeit“ unterstützen, sondern auch Anreize zur Legalisierung von Schwarzarbeit schaffen sollte. Und die damalige Bundesregierung startete eine massive Medienkampagne zur Erhöhung der Akzeptanz für diese Erwerbsform. Im Prinzip gelang es zu der Zeit, eine „Kultur der Selbständigkeit“ zu etablieren, wenn auch in etwas anderer Form, als das mancher Politiker schon Mitte der Achtziger Jahre eingefordert hatte. Denn es setzte ein regelrechter Gründungsboom ein, als zwischen 2003 und Mitte 2006 rund eine Million Menschen mit Hilfe von Ich-AG und Überbrückungsgeld eine eigene Unternehmung starteten. Die Zahl der Gründungen aus Arbeitslosigkeit stieg auf ein nie gekanntes Niveau.

Schon damals hagelte es Kritik gegen beide Instrumente. Einige meinten, Gründungen aus Arbeitslosigkeit seien von Haus aus zum Scheitern verurteilt, andere führten aus, das damalige Überbrückungsgeld sei nur etwas für gut ausgebildete Menschen, also für jene, die angeblich

## Alle Bemühungen um

Eine falsche Politik führt zu einem alarmierenden Rückgang  
Dabei war Deutschland schon auf dem richtigen Weg.

auch ohne diese Förderung ganz leicht wieder einen Job gefunden hätten. Und der Existenzgründungszuschuss – offizieller Titel der Ich-AG – war sowieso Teufelszeug. Der würde nur zur Mitnahme staatlicher Transfers genutzt werden, zu Kümmerexistenzen und einer Pleitewelle in den kommenden Jahren führen und außerdem bestehende Handwerksbetriebe durch ruinösen Preiswettbewerb mit in den Abgrund reißen. Kritik also an allen Fronten der Gründungsförderung: Das eine Instrument würde unnötigerweise die Besten, das andere Instrument die Schlechtesten fördern – und in jedem Fall „nur“ Arbeitslose.

Heute wissen wir, dass beide Programme so erfolgreich waren wie kaum ein anderes Instrument der Bundesagentur für Arbeit. Fünf Jahre nach Förderbeginn sind zwischen 60 und 70 Prozent der geförderten Gründer noch selbständig, als großer Erfolg hätten schon 50 Prozent gegolten; weitere 20 bis 30 Prozent haben in der Zwischenzeit wieder in eine abhängige Beschäftigung gefunden, nur 10 Prozent sind

in die Arbeitslosigkeit zurückgekehrt. Weitere Jobs wurden geschaffen, im Schnitt beschäftigt jeder mit dem Überbrückungsgeld geförderte Gründer einen weiteren Angestellten. Viele Selbständige verdienen zudem mehr als vergleichbare Personen, die zuvor auch arbeitslos waren, sich aber einen Angestelltenjob gesucht haben.

### Mit der Rentenpflicht werden kleine Selbständige in die Schwarzarbeit gedrängt

Zugleich haben diese Instrumente einen Beitrag zur Genesung der deutschen Wirtschaft geleistet, deren Zustand vor zehn Jahren als der „kranke Mann Europas“ apostrophiert wurde. Denn Gründungen und unternehmerische Aktivitäten spielen eine wichtige Rolle für ökonomisches Wachstum und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie sorgen für technischen Fortschritt und manchmal auch für die Einführung von Innovationen. Sie erhöhen den Wettbewerbsdruck und steigern

## umsonst

umsonst bei Existenzgründungen.

Von Alexander Kritikos

damit die Produktivität in einer Volkswirtschaft. Ein lebendiges Gründungsgeschehen ist so etwas wie die Frischblutzufuhr im Wirtschaftskreislauf. Die Förderung von Gründungen aus Arbeitslosigkeit war zu einer wichtigen Säule dieses Gründungsgeschehens geworden.

Nun sollen alle Bemühungen umsonst gewesen sein. Der Gründungszuschuss – fusionierter Nachfolger von Überbrückungsgeld und Ich-AG – wurde budgetär zusammengestrichen und der Zugang zu diesem Instrument erschwert. Die Folge: Von 134 000 Förderfällen im Jahr 2011 wird sich die Zahl der geförderten Gründungen im Jahr 2012 auf etwas über 20 000 Fälle reduzieren.

Nicht genug, jetzt sollen auch noch die kleinen Selbständigen mit der Einführung einer Rentenpflicht durch Mindestbeiträge so stark belastet werden, dass viele von ihnen gleich in Hartz-IV oder in die Schwarzarbeit abwandern.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist richtig, eine angemessene Altersversorgung für Selbständige zu gewährleis-

ten. Aber bei einer solchen Regelung bedarf es bei den unteren Einkommensgruppen eines ähnlichen Augenmaßes wie bei der Entwicklung der Mini- und Midi-Jobs. Andernfalls werden diese Menschen nicht nur im Rentenalter sondern bereits während des Zeitraums ihrer Erwerbsfähigkeit die sozialen Kassen belasten, wenn sie aufgrund zu hoher Rentenbeiträge ihre Selbständigkeit einstellen.

Es wird nun gerne argumentiert, dass die kleinen Selbständigen sich doch besser einen Job als Angestellte suchen sollten. Kein wirklich hilfreicher Vorschlag. Denn man darf nicht erwarten, dass diese Menschen mehr verdienen, würden sie in ein Angestelltenverhältnis wechseln. Der umgekehrte Fall trifft eher zu: Jüngste eigene Untersuchungen haben gezeigt, dass es Angestellten mit Verdiensten unterhalb 1100 Euro mit höherer Wahrscheinlichkeit gelingt, ihr Einkommen zu steigern, wenn sie in die Selbständigkeit wechseln.

Auch das andere Argument für die jüngsten Reformen, nämlich der bestehende Fachkräftemangel, ist nicht wirklich statthaft. Verglichen mit allen Erwerbspersonen geht nur eine kleine Minderheit von nicht einmal einem Prozent aller Erwerbspersonen jährlich in die Selbständigkeit. Aber was noch viel wichtiger ist: Das Profil von Gründern – die eher Generalisten sind – unterscheidet sich häufig markant von den derzeit gesuchten Fachkräften, die sich durch Spezialisierungen auszeichnen.

Wird die jüngst eingeschlagene Politik fortgesetzt, bricht das Gründungsgeschehen an allen Enden ein. Erste Anzeichen gibt es schon. Für das Jahr 2012 wird im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang des gesamten Gründungsgeschehens um rund 15 Prozent prognostiziert, und das obwohl im Jahr 2011 bereits das niedrigste Gründungsniveau der letzten 15 Jahre erreicht wurde.

Was das bedeutet, dürfte auch klar sein; ohne ein lebendiges Gründungsgeschehen drohen Volkswirtschaften zu stagnieren. Die Wettbewerbsintensität nimmt ab und Wirtschaftsstrukturen verkrusten. Das hatten wir in Deutschland zuletzt vor zehn Jahren. Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass ausgerechnet eine Ministerin aus der Partei, deren Kanzler vor einer Generation eine neue Kultur der Selbständigkeit eingefordert hat, nun dieser mühsam entwickelten Kultur in Deutschland die Luft abdrehen will.



Alexander Kritikos ist seit 2011 Forschungsdirektor für Entrepreneurship am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Er hat außerdem eine Professur für Industrieökonomie an der Universität Potsdam inne. FOTO: OH